Nr. 545 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 135

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 20.— Mk., monatlich 80.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 80.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 150.— Mk., für das übrige Ausland vierteljährlich einmal. Zustellung 21.50 Mk. Postbestellungen nehmen für Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz entgegen. — Einschreiben in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1.— Mk. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— Mk., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 4. November 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Frankreich vor dem Streik.

Paris, 5. November. (TU.) Die Delegierten des Nationalrates des Syndikats der Bergleute haben Paris gestern abend verlassen, um nach ihren Regionen zurückzukehren und dort den Streikbeschluß bekanntzugeben, der am Dienstag gefaßt worden war. In einer Erklärung gibt der Nationalrat bekannt, daß der Streik unvermeidlich werde, weil die Bergwerksdirektionen es ablehnen, in Verhandlungen einzutreten. Man hofft, daß es dem Arbeitsminister noch gelingen wird, einen Vermittlungsversuch in die Wege zu leiten. Falls keine Einigung zustande kommt, werden die französischen Bergleute am 15. November in den Generalstreik treten.

Hardings Mehrheit.

New York, 4. November. Obwohl der republikanische Sieg erwartet wurde, ist doch die von Harding erzielte Mehrheit überraschend. Harding hat jeden Staat an der östlichen Seeküste und nördlich der Mason-Dixon-Linie, desgleichen alle Mittel- und Weststaaten für sich gehabt und sogar Gewinne im demokratischen Süden erzielt. Ganz Kalifornien fiel den Republikanern zu. Der Kongreß wird vollständig republikanisch sein und Harding eine ideale Stellung geben, um das republikanische Parteiprogramm durchzuführen.

New York, 4. November. (Reuter.) Es erscheint sicher, daß Harding 300 Stimmen und Cox 127 Stimmen im Wahlkollegium erhalten wird, während die übrigen Stimmen noch zweifelhaft sind. Die Republikaner werden in beiden Häusern ihre Stärke vergrößern, besonders im Senat, wo eine beträchtliche Arbeitsmajorität die bisherige Majorität von einst ersetzen wird.

Amsterdam, 4. November. „Telegraaf" meldet aus London: Folgende Staaten, die im Jahre 1916 eine demokratische Mehrheit brachten, sind zu den Republikanern übergegangen: Arizona, Kalifornien, Colorado, Kansas, Nebraska, New Hampshire, Norddakota, Ohio und Washington. Die Demokraten hielten sich in Alabama, Arkansas, Florida, Georgia, Kentucky, Louisiana, Mississippi, Nordkarolina, Oklahoma, Südkarolina, Tennessee, Texas und Virginia. Auch die Stadt New York, die gewöhnlich als demokratisches Bollwerk galt, ging zu den Republikanern über. Cox verlor seinen eigenen Wahlkreis in Ohio.

In der vom Vorsitzenden der Nationaldemokratischen Kommission abgegebenen Erklärung heißt es, über das Schicksal der Freiheit Irlands sei durch den republikanischen Sieg endgültig entschieden worden.

Wilsons Sekretär erklärte, der Ausfall der Wahl rufe ihm die Worte Wilsons ins Gedächtnis: Ich erleide lieber eine Niederlage für eine Sache, die einstmals triumphieren wird, als einen Sieg für eine Sache, die einstmals verloren ist.

Die Folgen.

New York, 4. November. Infolge des Ergebnisses der Präsidentenwahl wurde zum Gouverneur von New York an Stelle des bisherigen demokratischen ein republikanischer Kandidat gewählt. In Kalifornien hat sich eine erdrückende Mehrheit für die Fremdengesetze ausgesprochen.

Verschärfte Lage in Irland.

Paris, 4. November. (T.U.) Der „Matin" meldet aus London: Alle telephonischen und telegraphischen Verbindungen mit Dublin, Thurles und Templemore sind unterbrochen. Gestern abend hieß es, daß die Stadt Thurles in Flammen steht. Einzelheiten fehlen noch.

London, 4. November. (Reuter.) Die Ereignisse in Irland geben im Unterhause fortwährend Veranlassung zu erregten Szenen. Die nationalistischen Abgeordneten bemühen sich die Aufmerksamkeit auf die angeblichen Ausschreitungen der Regierungsstreitkräfte zu lenken. Sie richten zahlreiche Anfragen über bestimmte Einzelfälle an die Regierung. Die regelmäßige Antwort des Chefsekretärs für Irland Greenwood geht dahin, daß die Mordtaten und Mordversuche gegen Polizisten andauern, und daß es bei Nachforschungen nach Verbrechen zu Unruhen gekommen ist. Er habe um ausführliche Berichte ersucht, doch sei infolge des Durchschneidens der Telegraphendrähte durch die verbrecherischen Elemente die Verständigung erschwert.

London, 4. November. Wie amtlich bekanntgegeben wurde, fanden zahlreiche Angriffe auf Polizisten in verschiedenen Teilen Irlands statt. Vier Polizisten wurden getötet, mehrere verwundet. „Telegraaf" meldet die Ermordung von weiteren drei Polizisten.

Die amerikanischen Besatzungskosten.

Bei Beginn der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages gab der Reichsschatzminister v. Raumer beim Etat für die besetzten Gebiete folgende Erklärung ab:

In einem Teil der Berliner Presse sind über meine gestrigen Ausführungen im Haushaltsausschuß so unrichtige Mitteilungen gebracht worden, daß ich Veranlassung nehmen möchte, sie alsbald richtigzustellen. Auf die Frage des Herrn Abg. Helfferich, ob nicht außer der von Abg. Loucheur in dem Bericht an die französisch. Deputiertenkammer gemachten Schätzung der durch die Okkupation bis zum 1. Mai 1920 entstandenen Kosten auf 4 Milliarden Goldmark andere ziffernmäßige Unterlagen vorlägen, habe ich eine Reihe von Zeitungsmeldungen von belgischer, englischer und amerikanischer Seite mitgeteilt. Ich habe hierbei ausgeführt, daß diese sämtlichen Nachrichten so offensichtlich unrichtig und unvollständig seien, daß sie keinerlei Grundlage für den Kostenvoranschlag geben könnten.

Ich möchte darauf hinweisen, daß auch der Herr Abg. Helfferich — wie er mir selbst soeben bestätigt — im Verlaufe der Debatte die von amerikanischer Seite stammende Angabe, daß die Kosten für die amerikanische Besatzungsarmee sich täglich auf 1 200 000 Dollar beliefen, als unmöglich und offensichtlich unrichtig bezeichnet hat.

Auf die übrigen groben Irrtümer der Berichterstattung, die z. B. aus der Erhöhung einer Etatsposition auf 40 Millionen eine solche von 40 Milliarden gemacht hat, brauche ich bei der Offensichtlichkeit der Irrtümer wohl nicht einzugehen, da der Gesamtvorschlag für die besetzten Gebiete einschließlich der beantragten Erhöhungen mit 15 724 Millionen Mark abschließt.

Im Anschluß an die Erklärung des Ministers entstand eine längere Debatte darüber, wie eine richtige Versorgung der Presse mit Nachrichten über das Ergebnis der Ausschußsitzungen möglich sei.

Nach Ausführungen der Abgg. Hoch (Soz.), Dr. Mumm (Dnat.), Dr. Helfferich (Dnat.), Dr. Pachnicke (Dem.), Schulz-Bromberg (Dnat.) einigte man sich dahin, daß ein von der Regierung bestellter Herr den Bericht entwerfe, sich mit den einzelnen Rednern nach Möglichkeit in Verbindung setze und das Ganze dann dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Prüfung vorlege.

Beim Eintritt in die sachlichen Beratungen besprach der Reichsschatzminister den Antrag Helfferich auf Festsetzung der Ausgaben für den Oberausschuß der Alliierten auf 80 Millionen und meinte hierzu, daß der Zweck, den der Abg. Helfferich mit seinem Antrage verfolge, nämlich zu protestieren gegen die Ausgaben, die nach dem Rheinlandabkommen nicht zulässig seien, durch unsere Debatte erreicht werde. Er halte es aber für unmöglich, Mittel zu streichen, von denen man heute schon mit Sicherheit wisse, daß sie tatsächlich entstehen. Dem stimmte auch der Vertreter des Reichsfinanzministers bei.

Reichsschatzminister v. Raumer ersuchte erneut, die Erhöhung von 20 auf 40 Millionen zu beschließen.

Dr. Mumm (Dnat.) sprach sich für eine Vereinfachung des deutschen Behördenapparates und für Einsetzung eines neuen Kommissars für die Arbeit im besetzten Gebiete aus.

Abg. Stücklen (Soz.) erwähnte, daß u. a. ein Leutnant einen Teppich für 80 000 M. verlangt habe. In Koblenz forderte ein Mitglied der amerikanischen Delegation eine Villa, deren Mietpreis monatlich 50—60 000 M. betrage. Für die Töchter eines französischen Generals mußten Katzen auf Reichskosten gekauft werden. Die Ausgaben treiben unfehlbar zu unserem finanziellen Ruin.

Reichsminister Dr. Simons nahm zu der Frage Stellung, ob als Protest gegen den Druck der fremden Verwaltung in den besetzten Gebieten die von der Reichsregierung beanspruchten Mittel zur Erfüllung der in Betracht kommenden Leistungen aus dem Friedensvertrage abzulehnen seien. Er riet, von dieser Art des Protestes Abstand zu nehmen, da dies zu außenpolitischen Wirkungen führen könnte. Ein Protest könnte ja in anderer Form erfolgen. Der Reichsminister wandte sich dann gegen die Unvernunft, die sich darin äußert, daß die Besatzungsmächte mit falschen Mitteln den Ententemilitarismus großziehen und unterstützen, während sie vorgaben, den Krieg gegen den deutschen Militarismus geführt zu haben. Dr. Simons hofft, daß auch diese Frage in Genf zur Klärung gebracht werde.

Abg. Dr. Fleischer (Z.) hält die Errichtung einer Zentralleitung für die besetzten Gebiete des Westens für unbedingt erforderlich. Die Bevölkerung dieser Gebiete müsse wissen, wohin sie sich in ihren Nöten und Sorgen zu wenden habe. Der Redner warnt aber dringend vor der Ernennung eines neuen Kommissars, empfiehlt dagegen die Bildung eines Ausschusses aus parlamentarischen Vertretern des Westens, die mit den betreffenden Regierungsstellen in dauernder Fühlung ständen.

Abg. Sollmann (Soz.) wandte sich dagegen, daß der Sitz der neuen Behörde für das Rheinland etwa Berlin sei.

Geh. Regierungsrat Klamm (Reichsschatzministerium). Wir haben von den Besatzungsmächten bis heute nur große Summen anverlangt bekommen, Einzelangaben sind uns nie gegeben worden. Wurde nicht sofort gezahlt, so wurden die Gelder bei der Reichsbank requiriert, wir haben wiederholt dagegen Einspruch erhoben, und es ist uns auch in den letzten Monaten gelungen, daß nunmehr die Forderungen freilich immer noch in einer Summe, an die Reichsvertretungsverwaltung gerichtet werden. Einzelne Angaben über die Kosten, die die Hohe Kommission erfordert, haben wir zwar erhalten. So z. B. die Ausgaben über die sehr hohen Automobilkosten der französischen Abteilung. Es sind dies aber alles Zahlen, die noch vor Bekanntgabe der Nachprüfung bedürfen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Arbeitsgemeinschaft oder nicht?

Von Clemens Körpel.

Zu dieser Frage äußert sich als Anhänger der Arbeitsgemeinschaften Genosse Alex. Knoll in der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 2. November:

Ich halte es für notwendig, daß, nachdem diese Frage angeschnitten ist, auch diejenigen zu Worte kommen, die anderer Ansicht sind.

Vor allem ist festzustellen, daß nicht nur der Bauarbeiterverband aus der Arbeitsgemeinschaft ausgeschieden ist, sondern daß auch der Metallarbeiterverband den Arbeitsgemeinschaften nicht angehört. Aber darüber hinaus haben sich auch von denjenigen Verbänden, welche der Arbeitsgemeinschaft noch offiziell angehören, große Ortsgruppen bereits seit längerer Zeit gegen die Arbeitsgemeinschaften erklärt. So hat zum Beispiel die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten sich bereits im vergangenen Jahre gegen die Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen und die Namhaftmachung von Vertretern in dieselbe abgelehnt. In einer Funktionärversammlung der Afa-Mitglieder der Berliner Metallindustrie im September wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, worin die Afa aufgefordert wird, zusammen mit dem A.D.G.B. den Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft zu betreiben. Der Bund technischer Angestellten und Beamten hat anläßlich der Tagung des Bundesausschusses im Oktober beschlossen: „Der Bundesausschuß spricht sich dafür aus, daß sofort ein gemeinsamer Austritt des A.D.G.B. und der Afa aus der Zentralarbeitsgemeinschaft anzustreben ist." Diese Frage dürfte somit in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände in der nächsten Zeit eine bedeutende Rolle spielen.

Es ist nun kein Zufall, daß gerade unter den Angestellten die Gegnerschaft gegen die Arbeitsgemeinschaft immer stärker wird. Die Angestellten sind eben in der Lage die Ursachen der Wirtschaftskrise, welche durch die kapitalistische Wirtschaftsform täglich vergrößert wird, kennen zu lernen, während die Arbeiter in der Hauptsache nur die Wirkung dieser Wirtschaftskrise sehen. Die Funktionen der Wirtschaftsführung laufen in den Händen der Angestellten zusammen und diese erkennen immer mehr und in immer größerem Umfange, daß der Geist der Arbeitsgemeinschaft bei der heutigen Wirtschaftsführung wirklich keine große Rolle spielt. Nur diese Erkenntnis ist es, welche die Angestellten zu ihrer Stellungnahme treibt, denn die Auffassung innerhalb der Angestelltenkreise ist hierüber nicht parteipolitisch abgegrenzt, vielmehr herrscht hier eine große Einheitlichkeit der Auffassung. Daß parteipolitische Tendenzen dieser Erkenntnis nicht zugrunde liegen können, beweist ja auch die Tatsache, daß z. B. gerade die Angestellten der selbständigen Räteorganisation gegenüber von Anfang eine ablehnende Stellung eingenommen haben.

Wenn nun angeführt wird, auch in Unternehmerkreisen machen sich Widerstände gegen die Arbeitsgemeinschaft bemerkbar und Arbeitnehmer wie Unternehmer hätten sich, jede Gruppe nach ihrer Weltanschauung, mehr von der Arbeitsgemeinschaft versprochen, so muß das als Illusion bezeichnet werden, denn die freien Gewerkschaften haben doch nicht angenommen, daß die Kapitalisten auf die Behauptung ihrer Macht verzichten, und es wäre traurig, wenn man feststellen müßte, daß wir den Kapitalisten Grund gegeben hätten, dies von uns anzunehmen.

Dann ist auch hervorzuheben, daß nicht wir im Oktober 1918 die Arbeitsgemeinschaften gesucht haben, sondern die Unternehmer. Sie haben das nicht getan, wie es in den Satzungen der Arbeitsgemeinschaft so schön heißt, „durchdrungen von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges, einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt", sondern sie haben es getan, um ihre Macht zu erhalten. Es hat auch in unseren Reihen Genossen gegeben, die schon damals der Arbeitsgemeinschaft entschieden ablehnend gegenüberstanden.

Den Achtstundentag und den sofortigen Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit auf das Konto der Arbeitsgemeinschaft zu schreiben, ist durchaus falsch. Hätten wir durch die Revolution nicht vorübergehend die politische Macht erlangt, dann hätten wir auch bestimmt nicht den Achtstundentag errungen und es wird sich bei der kommenden Beratung über das Achtstundentag-Gesetz zeigen, ob die Arbeitsgemeinschaft es sein wird, welche ihn uns erhält oder ob nicht ausschließlich die Kampfkraft der Arbeitnehmer diese Errungenschaft sicherstellen muß. Ebensowenig kann man behaupten, an der Teuerung sei die Arbeitsgemeinschaft nicht schuld. Sie war zum mindesten auch nicht in der Lage, dagegen etwas zu tun, andererseits ist es geradezu gerichtsnotorisch, daß seit der Revolution der Kapitalismus Hunderte von Milliarden Profit erzielt hat. Der Ausverkauf Deutschlands konnte durch die Arbeitsgemeinschaften ebenfalls nicht verhindert werden. Wie soll die Kaufkraft des Geldes sich steigern, wenn der Kapita-

lismus an dem niedrigen Stand der Valuta ein Interesse hat, um durch Ausfuhr im Inland dringend benötigter Fabrikate ungeheure Valutagewinne einzustreichen?

Alle, die seit der Revolution fast täglich in Tarifverhandlungen mit den Unternehmern oder vor den Schlichtungsausschüssen tätig waren, werden zugeben müssen, daß von dem Geist der Arbeitsgemeinschaften niemals etwas zu spüren war und die Tatsache der Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften wäre es bestimmt nicht, wenn die Unternehmer die Parole „gegen die Tarifverträge" ausgeben. Sie haben diese Parole auch bisher schon befolgt und nur an der Geschlossenheit der Gewerkschaften, nicht aber an dem Vorhandensein der Arbeitsgemeinschaft ist diese Absicht gescheitert. Daß dann auch manche Arbeiterkreise Bundesgenossen der Unternehmer würden und ebenfalls gegen Tarifverträge auftreten, ist kein Gegenbeweis. Die Anhänger der selbständigen Betriebsrätebewegung haben es nicht vermocht, den Bestand der Gewerkschaften zu erschüttern. Ihre Absichten sind an der Einsicht der Arbeiterschaft gescheitert. Sie können heute als überwunden gelten und genau so wäre es mit den Gegnern der Tarifverträge auf unserer Seite. Auch hier würden zweifellos die Gewerkschaften in kurzer Zeit den Sieg davontragen.

Dann ist es direkt Wasser auf die Mühle der Kapitalisten, wenn man behauptet, die Arbeitsgemeinschaft habe für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sehr wenig tun können, da dies nicht von unserem Willen abhängt, sondern von der Entente. Es wird sich doch in unseren Reihen niemand finden, der behaupten will, die wahnsinnige Preissteigerung aller Verbrauchsartikel sei auf die Erhöhung der Löhne zurückzuführen, und hieraus ergibt sich schon, daß die Arbeitsgemeinschaft sehr viel für den Wiederaufbau hätte tun können, wenn eben diese Gründung dazu imstande oder Willens gewesen wäre, was ich durchaus bestreite. Den Einblick in das Wirtschaftsleben werden wir auch nur dann wirklich gewinnen, wenn wir aus eigener Kraft in diese Materie eindringen. Die Unternehmer sind sich vollkommen klar, daß wir uns gerade von den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit eines Eindringens in die Wirtschaft versprochen haben und von ihrer Seite wird alles getan, um uns nach Möglichkeit in eine Sackgasse zu führen. Wir müßten an uns selbst verzweifeln, wenn wir daran zweifeln würden, letzten Endes diese notwendige Kenntnis der Wirtschaft aus eigener Kraft zu erlangen. Das Zusammenarbeiten der Arbeiter und Angestellten, die Ausnutzung sämtlicher Bildungsmöglichkeiten wird uns diese Kenntnis verschaffen. Wenn es auch Unternehmer geben würde, die sich aus voller Ueberzeugung auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft und selbst der Sozialisierung stellen, so hindert diese auch ohne Arbeitsgemeinschaft niemand, uns in Aufsätzen und Schriften ihre Ansicht zu unterbreiten. Noch eins ist zu beachten. Der Genosse Knoll behandelt nur die private Zentralarbeitsgemeinschaft. In einer Reihe gesetzlicher Körperschaften ist das Prinzip der Arbeitsgemeinschaft jedoch ebenfalls bereits „verankert" worden. Zum Reichswirtschaftsrat, zum Reichskalirat, zum Reichskohlenrat, zum Eisenwirtschaftsrat werden die Vertreter der Arbeitnehmer in der Hauptsache von der privaten Zentralarbeitsgemeinschaft namhaft gemacht, selbstverständlich von den Arbeitnehmervertretern der privaten Zentralarbeitsgemeinschaft; aber wer nicht Mitglied ist, kann in diesen sämtlichen Körperschaften nicht sitzen. Eine Ausnahme hat man allerdings beim Eisenwirtschaftsbund machen müssen, wo man den Metallarbeiterverband direkt zulassen mußte. Gerade in dieser Körperschaft ist es charakteristischerweise zum zweiten Male möglich gewesen, einen Preisabbau durchzusetzen, der an sich durchaus unzulänglich ist, aber doch immerhin beweist, daß man sich in besserer Position befindet, wenn einem die Hände nicht gebunden sind.

Auf unserem Parteitag hat in der Auseinandersetzung über Planwirtschaft oder Vollsozialisierung Genosse Robert Schmidt ausgeführt: „Wissell hat in der Tat recht, daß wir manchen Gedanken seiner Planwirtschaft ablehnen, weil wir nicht den Kapitalismus stärken wollen. Im Grunde ist die ganze Planwirtschaft nicht Sozialismus, sondern Kapitalismus. Uns erscheint es jetzt nicht als unsere Aufgabe, von den eigentlichen Sozialisierungsaufgaben abzuirren und unsere ganze Kraft darauf zu verwenden, die kapitalistische Wirtschaft wieder auf die Höhe zu bringen. Ueber ganz Deutschland Truste zu schaffen, soll das unsere Aufgabe sein?" Diese Ausführungen treffen restlos auch auf das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften zu. Planwirtschaft und Arbeitsgemeinschaft sind die beiden unheilvollen Sterne, welche seit der Revolution über der Arbeiterschaft stehen und deren zielbewußtes Zusammenarbeiten lähmen. Der Genosse Knoll spricht von den hohen geistigen Werten, die verloren gehen, falls die Arbeitsgemeinschaften aufgehoben werden und meint mit Faust: „Wenn Ihr's nicht fühlt, Ihr werdet's nicht erjagen". Warum spricht Genosse Alex. Knoll nicht von den hohen geistigen Werten, die gewonnen werden, wenn endlich diese unheilvolle Verquickung der Interessen der Kapitalisten mit unseren Zielen gelöst wird? Der Kapitalismus kämpft als Klasse ausschließlich für die Erhaltung seiner Klasse, wir müssen ebenfalls als Klasse ausschließlich für den Sozialismus kämpfen. Der Verstand bei dem einen, das Gefühl bei dem anderen ist in weiten Kreisen der Arbeitnehmer gegen die Arbeitsgemeinschaften. Die Erfahrung hat diesen Kreisen Recht gegeben. Selbst wenn man ab und zu kleine Vorteile mit dieser Institution herausholen könnte, so sollte man endlich um des großen Zieles Willen Schluß machen mit den Arbeitsgemeinschaften und seine Arbeit ausschließlich auf die eigene Kraft stellen, was ja nicht hindert und gehindert hat, von Fall zu Fall Abmachungen mit den Unternehmern zu treffen, die der gegebenen Situation und den politischen und ökonomischen Machtverhältnissen entsprechen.

Die Landgewerkschaft.

Eine agrarische Kampforganisation.

Aus dem Kreise Beeskow-Storkow geht uns eine Werbeschrift der „Landgewerkschaft" zu, die eine Arbeitsgemeinschaft von Bund der Landwirte und Landbund darstellt. Als Zweck wird Schutz der Landwirtschaft durch gewerkschaftliche Mittel und Selbstschutz angegeben, und unter Ausmalung drohender Gefahren wird erklärt, daß Nichtmitglieder auf diesen Selbstschutz nicht rechnen können. Als einmaliger Beitrag werden 5 Mark für den Morgen Acker oder Wiese, 2,50 Mark für den Morgen Wald gefordert. In den Richtlinien heißt es:

Der Selbsterhaltungstrieb hat die Landwirtschaft zu einer Gegenorganisation gezwungen, und zwar ebenfalls auf gewerkschaftlichem Boden mit dem Ziele: Ruhe und Ordnung, die unerläßlich sind für ein Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft, aufrecht zu erhalten und die Verfassung gegen die Diktatur des Proletariats zu schützen, sei es, daß diese Diktatur durch Arbeiterräte ausgeübt wird, sei es, daß sie in der Form einer gewerkschaftlichen Nebenregierung auftritt. Die Landgewerkschaft wird diesen Schutz in der Weise wirksam werden lassen, daß bei einem Generalstreik der Arbeiterschaft, bei verfassungswidrigen Eingriffen in das Wirtschaftsleben, bei Putschen oder Einsetzen der Räteherrschaft so lange keine Lebensmittel geliefert werden, bis Ordnung, Ruhe und Verfassung wiederhergestellt sind. Sollte ein derartiges Verfahren zu dem Versuch führen, die Lebensmittel mit Gewalt auf dem Lande zu rauben, so glaubt die Landgewerkschaft, hinter der heute bereits siebenmal hunderttausend Landwirte des Deutschen Reiches stehen, stark genug zu sein, ihre Mitglieder vor allen Angriffen schützen zu können.

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften:

v. Arnim-Ragow, Abraham-Beeskow (Vors. des Ackerbürgervereins), Dr. Schultze-Storkow, Fricke-Trebatsch (Vors. des Landw. Vereins Beeskow), Gebhard-Storkow (Verein kleiner Landwirte, Storkow), Jenker-Busch (Vors. des Landw. Vereins Storkow), Hanisch-Falkenberg (Vors. des Landbundes des Kreises Beeskow-Storkow), Balk-Leibsch, Lehmann-Beeskow.

Der Aufruf ist mit großer Geschicklichkeit so abgefaßt, als ob es der „Landgewerkschaft" nur auf Schutz von Verfassung, Ruhe und Ordnung ankäme. In dieser Beziehung hat man von der Orgesch gelernt. In der Hand ihrer reaktionären Leitung wird aber die Organisation auch eine starke Angriffswaffe sein. Früher war die Arbeiterschaft einig, und ihre Gegner kämpften gegen sie zersplittert. Jetzt wirkt der Ueberradikalismus der Linken für die Einigung aller Gegner und für eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung. Nur der feste Zusammenschluß der Arbeiter in Stadt und Land kann dagegen helfen!

Die ewig Schwankenden.

Der Dena wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, es stehe jetzt fest, daß die Finanzleitung den Plan einer Zwangsanleihe zur Verminderung der schwebenden Reichsschulden wieder aufgegeben habe und an eine beschleunigte Einziehung der Notopferbeiträge denke. In dem Schreiben wird auf die verschiedenen Wandlungen hingewiesen, welche die Sanierungspläne durchgemacht hätten. Vor allem habe man Bedenken dagegen, im nächsten Jahre, wie man zuerst beabsichtigte, 30 Proz. des Notopfers beizutreiben. Man „schwanke" noch hinsichtlich der zu wählenden Höhe. In dem Bericht heißt es dann weiter:

Bei der außerordentlichen Wandlungsfähigkeit, die die Steuerentwürfe bei der Finanzleitung durchzumachen pflegen, kann man heute keine unbedingte Gewähr dafür übernehmen, daß nicht nach einigen Wochen wieder wesentlich andere Formen für die Beitreibung der vom Reich benötigten Beträge als das geeignete Rezept erscheinen.

Jaja, wie war es doch seinerzeit so leicht, über die verrottete Finanzwirtschaft der Sozi und über Erzbergers Steuerpläne zu schimpfen. Aber besser machen . . .?

Königsmacher von Frankreichs Gnaden?

Daß in Bayern eine Königspartei existiert, ist bekannt. Weniger bekannt hingegen sind die Quellen, aus denen diese Herren schöpfen. Das in Würzburg-München erscheinende Organ der christlichsozialen Partei Bayerns, „Neues Volk", berichtet darüber:

„Mayer-Kaup, der Gründer der Bayerischen Königspartei, hat durch einen Dritten um eine Unterredung mit General de Metz, Delegierten der hohen Rheinlandskommission in Speyer, gebeten, um Geld für die Königspartei zu erhalten. Am 29. Juli 1920 erklärte General de Metz unserem Gewährsmann, daß Mayer-Kaup mit Graf Bothmer zusammen bei ihm gewesen sei und daß Mayer-Kaup mit ihm über finanzielle Unterstützung seitens Frankreichs verhandelte, die zugesagt wurde. Die Unterhaltung mit General de Metz war zu einer Zeit, da Graf Bothmer noch stramm in der Bayerischen Volkspartei wirkte und an den Rhein ging, um mit Dr. Heim — Feuerchen zu schüren. Es kam auch bald danach sein Buch „Bayern den Bayern" heraus, das er zu 3,50 M. verkaufte, während es zu drucken allein nach sachmännischem Urteil 14 M. kostet — und Bothmer hat doch wahrlich kein Geld zum Fensterhinauswerfen."

Wir müssen gestehen, es klingt wie ein Witz der Weltgeschichte, wenn diese Ueberdeutschen, die sich in der Oeffentlichkeit als die Retter Deutschlands aufspielen, Arm in Arm mit Frankreich vor die Schranken der Weltgeschichte treten, um — nun, wahrscheinlich um Deutschland zu retten. Denn was ist im Lande der Eschericke unmöglich?

Das erwartete Ergebnis.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden: Der parlamentarische Untersuchungsausschuß in der Polizeiaffäre hat gestern seine Arbeiten beendet. Er ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anschuldigung, Münchener Polizeiorgane hätten eine Organisation zur Beseitigung von mißliebigen Personen gebildet, hinfällig ist.

Das war nicht anders zu erwarten, nachdem allzu neugierige Elemente aus dem Ausschuß herausgeprauft worden waren.

Moral.

Von Paul Gutmann.

Unvergeßlich ist mir jenes Bild, das ich in einer Revierstube erlebt habe. Vor einem Soldaten, der mit entzündeten Füßen nicht zu gehen vermocht, steht der Stabsarzt und brüllt ihn mit zornfunkelnden Augen an, sich vorwärts zu bewegen. Der Mann knickt bei jedem Schritt zusammen, aber der Arzt schnaubt vor Wut, daß jemand in seiner Gegenwart es wagt, krank zu sein. Es hilft aber nichts; der Mann wird aufs Lazarett geschickt. War die Wut des Arztes gespielt? War sie echt? Ich weiß es nicht. Ich muß jedesmal an ihn denken, wenn heutzutage ein Sittenrichter mit flammender Entrüstung das Verdammungsurteil über einen Zeitgenossen spricht, der an der Krankheit der Zeit, ihrer Unmoral, zusammengebrochen ist.

Was ist Moral? Mit dieser Frage kämpft heute so mancher, der vor dem Krieg sich nicht genug an prahlerisch zur Schau getragener Sittlichkeit zu tun wußte. Wir hatten ja das allein seligmachende Rezept, jenen preußischen kategorischen Imperativ, womit wir auf alle anderen Völker halb ironisch, halb mitleidig herabzusehen uns für berechtigt hielten. Sittlichkeit war ein Exportartikel, wie Kanonen, wie Nürnberger Puppen, wie bedruckter Kattun. Kommt zu uns, ihr Russen, ihr Oesterreicher, ihr Italiener, wenn ihr Unbestechlichkeit, Strammheit, Ordnung sehen wollt. Wie glänzte unser Aushängeschild, wie sauber waren unsere Fassaden. Heute? Ja, da steht mancher dieser Hochtugendhaften mit schamhaft gesenkten Blicken, wie Gretchen am Brunnen und denkt, wenn auch nicht mit denselben Worten: „Wie konnt ich sonst so tapfer schmälen, wenn tät ein armes Mädchen fehlen." Das Kränzlein ist zerzaust. Der Sturm der Zeit hat es davongetragen. Die Moral wird zu einem furchtbaren Problem auch für diejenigen, die früher über die Verkommenheit des Volks sich entsetzten, wenn sie hörten, daß ein armes, hohlverhungertes Weib, um sich und ihre Kinder am Leben zu erhalten, zur Diebin geworden war. Ebenso wie der Hunger heute Tausende quält, ringen Unzählige mit der Versuchung, gegen ihr besseres Ich, gegen ihr Anstandsgefühl, gegen ihre Menschlichkeit. Das sittliche Bewußtsein, das trotz aller empirischen scheinbaren Gegenbeweise dem Menschen angeboren ist, fehlt ihnen keineswegs, aber die entsetzliche Not der Zeit hat ihre Vorsätze ins Wanken gebracht. Ehrenwerte Menschen, deren gute Gesinnung außer allem Zweifel steht, leiden Höllenqualen, daß sie Dinge tun müssen, die sie nicht tun wollen, daß sie, wo sie verschenken möchten, wuchern müssen. Hier handelt es sich nicht um die großen Schieber, die kaltherzigen Aussauger, die Piraten im Schiffbruch der Zeit, sondern um jene mittleren und kleinen gequälten Existenzen, die seit dem Ausbruch des Krieges bis heute zur Lüge gezwungen waren, um ihr Leben zu fristen. Ich denke zum Beispiel an jenen heroischen Pastor, eine Ausnahme unter seinesgleichen, dem ein Kind sterben mußte, ehe er sich entschloß, Lebensmittel auf dem Schleichwege für die dahinsiechenden Seinen zu beschaffen, wie seine ganze Umgebung es zu tun pflegte.

Die wahren Tragödien dieser Zeit, die im Kampf um die Moral bestehen, sind ungeschrieben. Sie sind grenzenlos. Unser Volk wäre zum Untergang reif, wenn es sich über diese Dinge gleichgültig oder lächelnd hinwegsetzen würde. Nein, es sei zur Ehre Deutschlands angenommen, daß die meisten unter dem ihnen auferlegten Fluch leiden. Um so verwerflicher aber ist die höhnische Richtermiene derjenigen, die das Unglück heraufbeschworen haben, die mit ihren patriotischen Rasereien zum mindesten daran beteiligt waren. Alles Pharisäertum, alles heuchlerische Beschönigen der eigenen Fehler führt zu weiterer Schuld und zu immer fürchterlicherer Fäulnis. Heut hilft keine Entrüstung. Die Erfüllung des kategorischen Imperativs der Pflicht setzt ein gesundes Staatswesen voraus. Mit Schaudern erkennen wir heute, daß alle Kultur, das sittlich Gute, wie das ästhetisch Schöne nur dann gedeiht, wenn alle Glieder des Gemeinwesens an einer gemeinsamen Aufgabe arbeiten. Es ist leicht, auf einer Vergnügungsfahrt Tugenden zu predigen, aber wenn das Schiff sinkt, dann geschieht es wohl, daß einer gegen den anderen mit dem Messer in der Faust um die rettende Planke kämpft. Niedrige Heuchelei oder Wahnsinn ist's, über den Verfall der Volksmoral zu klagen, wenn nichts geschieht, um die Lage des Volkes zu verbessern. Der größte Verbrecher, den wir heut haben, ist der Staatsmann, der mit den Händen in der Tasche zusieht, wie die Dinge ihren Lauf nehmen. Wer ist es? Ihr habt die Auswahl.

Die Tabakpfeife. Ein Zufall schenkte sie mir wieder.

Sie schlief in einem vergessenen Tischkasten neben dem braunen Lederbeutel. Wie eine hoffnungslose Mißgeburt hatte ich sie nun in den Händen. Der dicke Kopf auf dem mageren Halse sah mich mitleidheischend an.

Wie kam ich zu diesem trostlosen Kinde?

Ich weiß es schon . . . Ein ganz böses Märchen geht mir durch den Sinn.

Ich war einmal weit weg, in einem Erdloch, hungernd und frierend, und habe mich nach der Heimat gesehnt, so sehr gesehnt.

Und in einer Nachtstunde, da mir das Herz am wundesten war, kam die liebe kleine Tabakpfeife zu mir.

Ich durchträumte selige Stunden mit ihr. In ihren blauen Wolken gaukelten liebliche Heimatbilder.

Du liebe Tabakpfeife, du hast meinem Herzen des Herdes und der Heimat heimliche Wunder zugetragen, da es so arm und einsam war.

Du bist eine geborene Kriegspfeife. Nun will ich dich als Friedenspfeife ehren.

F. M.

Literarische Sonderaufführungen plant vom kommenden Jahr an die Volksbühne. Werke der älteren und vor allem auch der jüngeren und jüngsten Literatur, die sich wegen ihres intimen Charakters oder wegen ihrer künstlerischen Eigenart nicht zur Darstellung in den planmäßigen Aufführungsreihen eignen, sollen in geeigneten Theatern für die literarisch besonders interessierten Mitglieder, gegebenenfalls auch für Nichtmitglieder, in besonderen Vorstellungen zur Aufführung gelangen. Durch Ausnutzung der organisatorischen Einrichtungen des Vereins, durch Festsetzung eines billigen Einheitspreises soll hier für Werke, die noch um ihre Anerkennung ringen, ein Publikum geschaffen werden, das sonst von derartigen literarischen Versuchsaufführungen so gut wie ausgeschlossen ist. Die Volksbühne hofft, auf diese Weise dem künstlerischen Schaffen, das sich in neuen, eigenwilligen Formen versucht, mehr zu dienen, als es das „Junge Deutschland" und ähnliche Vereinigungen zu tun vermochten.

Was trägt die Ausstellung nackter Frauen? In Grosmanns „Tagebuch" lesen wir: Herr Celly de Reidt, kein Nackttänzer, sondern der Gatte seiner Frau, ein ehemaliger preußischer Oberleutnant, ist kürzlich mit dem Gastwirt, bei dem die Schönheitstänze seiner Truppe vorgeführt werden, in Streit geraten. Dabei wurde öffentlich festgestellt, daß der Nutznießer dieser Frauenausstellung im Monat bis zu 90 000 Mark eingenommen habe. Das wäre, für ein ganzes Jahr gerechnet, ein Jahreseinkommen von einer Million, und zu dieser Beute war eigentlich nichts nötig als der herzhafte Entschluß, die Gattin und eine Anzahl zum Teil unmündiger Mädchen den Blicken eines wohlgeneigten Publikums auszusetzen.

„Die Theaterspielerlaubnis nach § 32 der Reichsgewerbeordnung" nennt sich ein praktischer Wegweiser, den die Bühnengenossenschaft durch Dr. Gustav Aßmann herausgegeben hat. Er wird sowohl Behörden wie Theaterunternehmern willkommen sein, da beide nicht immer ausreichend über die Bedeutung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen unterrichtet sind. Exemplare können zu 2 M. von der Genossenschaft, Berlin W 62, Keithstr. 11, bezogen werden.

Theater. Im Schauspielhaus wird statt der für heute abend angekündigten Vorstellung des „Fuhrmann Henschel" „Journalisten" gegeben.

Aus der akademischen Welt. Prof. August Müller wird seine Lehrtätigkeit an der Berliner Universität mit einer Vorlesung über die Bedeutung des Genossenschaftsgedankens für den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands beginnen.

Neue Dramen. Folgende neue Bühnenwerke Herbert Eulenbergs werden angekündigt: „Die Wetterfahne" (Schauspiel), „Der Uebergang" (Tragödie), „Mückentanz" (Tragikomödie).

Das alte Ausstellungshaus der Freien Sezession, das bisher an die Künstlervereinigung vermietet war, wird vom kommenden Jahre an ihr nicht mehr zur Verfügung stehen. Ein Theater soll hieraus gebaut werden. Darauf — wie das bisher Tage geschehen ist — zu schließen, daß die Freie Sezession selbst ihrem Ende entgegengeht, ist etwas voreilig. Die Künstlervereinigung fühlt sich nötigenfalls stark genug, sich selbst ein Haus zu schaffen.

Das Revue als Tanzschule. Die neuen Tänze, die in dieser Saison den Ballsaal beherrschen, sind recht schwer zu lernen, und nicht jeder kann sich einen teuren Tanzkursus leisten. Infolgedessen führen die englischen Revuefilme vor, die die einzelnen Tanzstellungen zeigen.

Minna Cauers Dank.

Wir erhalten von Frau Minna Cauer, deren Geburtstag wir am 1. November gedachten, das folgende Schreiben:

Die Worte, die Sie in dem von mir geschätzten Blatte am 1. November haben erscheinen lassen, haben bei mir die Ueberzeugung hervorgerufen, daß Sie wissen, wie ich treu und fest zu der proletarischen Frauenbewegung gestanden habe und noch stehe, ebenso zu der Arbeiterschaft in dem Ringen für ihre Rechte. Mich wird nie etwas darin irre machen können, trotzdem die Jetztzeit so unendliche Schwierigkeiten und Wirrnisse hervorruft. Ich kenne aus meinem dreißigjährigen Kampf im öffentlichen Leben, was es heißt: Kämpfen bringt Leid, aber Kämpfen bringt auch Freude. Und so ist es mir eine ganz besondere Freude gewesen, daß Sie so freundliche Worte geschrieben haben. Hochachtungsvoll Minna Cauer.

Wir verzeichnen gern dies Bekenntnis einer mutigen Frau zur proletarischen Bewegung, müssen aber gleichzeitig gestehen, daß wir der Greisin bereits ein Jahr zuviel angerechnet hatten. Frau Cauer war am 1. November 79 Jahre alt, nicht 80, wie wir annahmen. Wir hoffen aber, am 80. Geburtstag sie in gleicher Frische begrüßen zu können.

Zum neuen Tumultschadengesetz.

Man schreibt uns: Das neue Tumultschadengesetz, welches nach langen Vorbereitungen am 12. Mai d. J. endlich in Kraft getreten ist, ist ein rechtes Beispiel für die liederliche Gesetzesmacherei unserer Zeit. Während es die Ansprüche für Sachschäden im wesentlichen in der alten Höhe bestehen läßt, setzt es die Ansprüche bei Schäden an Leib und Leben auf dasjenige Maß herab, welches die Militärpensionsgesetze bewilligen. Dieser Standpunkt läßt sich zur Not rechtfertigen, wenn er auch eine Benachteiligung gerade derjenigen Personen enthält, die wirtschaftlich am schwächsten sind und durch den Verlust eines Angehörigen materiell und seelisch am meisten gelitten haben.

Geradezu unerhört sind aber die Bestimmungen, welche das Gesetz zur Weiterverfolgung ihrer Ansprüche festsetzt. Die Prozesse, die wegen solcher Schäden anhängig sind, werden sistiert, die Klagen müssen entweder zurückgenommen werden oder unterliegen der Abweisung. Außerdem muß der Kläger auch noch die Kosten tragen. Dies geschieht in einem Falle, wo er nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet war, Klage zu erheben, weil er sonst alle Ansprüche verloren haben würde. Lediglich die Aenderung der Gesetzgebung, an der ihn doch sicher keine Schuld trifft, verursacht es, daß er formell die Kostenlast zu tragen hat. Der Gesetzgeber hat ein solch geradezu monströses Resultat kaum beabsichtigt. Er hat es aber jedenfalls übersehen in der Fassung des Gesetzes zum Ausdruck zu bringen, daß diese Folge vermieden werden soll.

Eine andere Unklarheit enthält das Gesetz insofern, als die Schäden an Leib und Leben gemäß § 14 des neuen Gesetzes bei den zu bildenden Ausschüssen noch einmal angemeldet werden müssen. Für diese Anmeldung ist gemäß § 18 des Gesetzes eine Ausschlußfrist von 3 Monaten vom Inkrafttreten des Gesetzes ab bestimmt, die dementsprechend am 14. August 1920 abgelaufen ist. Da die Ausschüsse aber immer noch nicht gebildet sind, hat für Preußen der Minister des Innern eine Ausführungsbestimmung vom 25. Mai 1920 erlassen, wonach die Anmeldung wie bisher bei den Gemeinden zu erfolgen hat. Die Veröffentlichung dieser Verordnung ist eine so mangelhafte gewesen, daß sie vielfach nicht zur Kenntnis der Beteiligten gelangt ist. Es ist dadurch in häufigen Fällen die Frist versäumt worden, und die Beteiligten laufen Gefahr, ihre Ansprüche vollständig zu verlieren, weil sie die reine Formalität, den Anspruch, der bei der Gemeinde längst angemeldet ist und über den sogar noch ein Prozeßverfahren schwebt, nicht noch einmal bei derselben Gemeinde angemeldet haben. Es wäre überaus empfehlenswert, wenn, um diesem Mißstand abzuhelfen, eine Aenderung des Gesetzes oder wenigstens eine authentische Interpretation dahin erfolgte, daß die Neumeldungspflicht sich nicht auf solche Ansprüche bezieht, die bei den Gemeinden bereits angemeldet und rechtshängig gemacht sind.

Schließlich wäre es wünschenswert, wenn die Ausschüsse, die über die Ansprüche zu befinden haben, endlich gebildet würden. Es ist auch hiervon noch nichts bekannt geworden, obwohl seit Inkrafttreten des Gesetzes nunmehr beinahe 6 Monate verstrichen sind. Dabei handelt es sich gerade um Ansprüche, die ganz besonders dringend sind und die den wirtschaftlich Schwächsten zustehen.

Sylvia Pankhurst enthaftet. „Telegraaf" zufolge ist Sylvia Pankhurst wieder in Freiheit gesetzt worden, unter der Bedingung, daß sie sich jeder revolutionären Propaganda enthält.

Bei den Gemeinderatswahlen in Schottland erhielt die Arbeiterpartei in Glasgow 44 von 87 Sitzen; sie erlitt jedoch eine schwere Niederlage in Edinburgh, Aberdeen und Dundee.

Wirtschaft

Die Fragebogen — die Achillesferse.

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Afa hat an die Betriebsräte einen Fragebogen versandt, der auch in Nr. 4 der „Betriebsrätezeitung" veröffentlicht wurde. Die Unternehmer haben offenbar durch diese Fragebogen einen großen Schreck erlitten, denn die Unternehmerverbände warnen ihre Mitglieder in vertraulichen Rundschreiben vor diesem „gefährlichen" Ding und vor der Beantwortung der gestellten Fragen. Der Zweck dieser Fragebogen soll es sein, die Betriebsräte in ganz großen Zügen ohne Eindringen in irgendwelche Fabrikationsgeheimnisse mit der Lage ihres Fachgebietes, in dem sie tätig sind, vertraut zu machen. Das ist dringend notwendig, denn ohne Fühlung des Betriebsrats mit den in den Konkurrenzbetrieben oder den Verbandsbetrieben tätigen Kollegen ist er gar nicht in der Lage, die Angaben seines Unternehmers auf ihre Richtigkeit nachprüfen zu können.

Die Unternehmer sind in ihren Fachverbänden fest zusammengeschlossen. Dort, hinter verschlossenen Türen verhandeln sie über die Ausnützung ihrer Gewinnchancen, dort debattieren sie als Monopolisten ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer und die Interessen der Allgemeinheit, was zu ihrem Vorteil unternommen werden soll.

Da gibt es gar keinen anderen Weg, als auch die Betriebsräte in den Fachgruppen durch die Betriebsrätezentralen der Gewerkschaften zusammenzufassen, und zwar so schnell als irgend möglich. Während den Unternehmern die Geldmittel unbegrenzt zur Verfügung stehen, um ihre Fachverbände in Gang zu bringen, auf Geschäftsunkosten jede Reise zu den Verbandstagungen gemacht werden kann ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten, fehlen den Betriebsräten die Mittel, völlig um mit ihren Kollegen zu den notwendigen Aussprachen zusammentreffen zu können. Hier ist eine Lücke, die gefüllt werden muß. Auch die Arbeiterschaft hat ein Recht darauf, daß sie ihre Vertrauensleute im Interesse der Betriebe zusammentreten lassen kann. Da die Fachverbände der Unternehmer die Preisprüfung haben, beschaffen sie sich auch aus diesen Gebühren auf Kosten der Allgemeinheit die Mittel für die Erhaltung der Fachverbände.

Wenn nun die Arbeiter den Anspruch stellen, auch für ihre Zwecke Mittel aus den Betriebseinnahmen zu erhalten, so wird der natürlich mit Entrüstung abgelehnt. Ein Unglück ist es, daß die Arbeiter so leicht durch wilde Streiks ihre Mittel vergeuden, statt sie für den Aufbau fester Betriebsräteorganisationen den Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen. Die Betriebsräte müssen alle Kraft daran setzen, daß die Fragebogen so gut als möglich ausgefüllt werden, denn sie sind notwendig, um die Arbeiterschaft nach Fachgruppen organisieren zu können. Daß die Arbeiterschaft hier auf dem richtigen Wege ist, daß sie die Unternehmer bei der „Achillesferse" packt, beweisen ja klar die „vertraulichen" Rundschreiben. Deswegen muß ohne Rücksicht auf alle Drohungen vorgegangen werden, da in den Fragebogen gar nichts enthalten ist, was das Geschäftsgeheimnis verletzt. Der Einwand, daß die Fragebogen der Auslandsspionage dienen können, ist eitel Spiegelfechterei. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß der Ausländer, der sich über die Betriebe unterrichten will, mit Hilfe seiner Bankverbindungen und auf unzähligen anderen Wegen es viel leichter kann, als über die Arbeiter, die ja nur über Vorgänge in ihrer allernächsten Umgebung, und dort auch meistens schlecht informiert sind. Wir können den Betriebsräten, Arbeitern und Angestellten nur dringend empfehlen, ihren Gewerkschaften so bald als möglich die Fragebogen ausgefüllt zur Verfügung zu stellen.

Groß-Berlin

Die Polizeimaßnahmen gegen den Hotelbetrieb.

Wie wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe berichteten, wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der Direktor des Eden-Hotels wegen Verdachts, Schleichhandel betrieben zu haben, verhaftet.

Es scheint sich jedoch um ein Vorgehen der Polizei auf breiterer Grundlage zu handeln, denn ein Mittagsblatt meldet, daß etwa 50 Kriminalbeamte aufgeboten waren, um Verfehlungen gegen Verordnungen, die als Reste der Zwangswirtschaft noch bestehen, ausfindig zu machen.

Selbstverständlich schimpfen jene für den freien Handel eintretenden und auch den Schleichhandel begünstigenden bürgerlichen Blätter und Korrespondenzen auf die Polizei, wenn dieje gegen Lebensmittelschieber und Schleichhändler vorgeht.

Die Anschuldigungen, die dem gestern festgenommenen Direktor des Eden-Hotels, Birndörfer, zur Last gelegt werden, sollen auf Anzeigen zurückzuführen sein, die seit Monaten gegen das Eden-Hotel und namentlich gegen die Persönlichkeit des Direktors Birndörfer gerichtet sind. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um angebliche Verfehlungen gegen die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches, die, wie bekannt, bereits seit dem 1. Oktober aufgehoben ist.

In den Betrieben der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft (Bristol, Zentralhotel, Kaffee Bauer, Kranzler, Zoo), gegen die gestern vormittag ein großes Kesseltreiben veranstaltet wurde, erschienen die Polizeibeamten, sperrten die Telephonzentralen und durchsuchten die Vorratsräume.

Wie eine Korrespondenz berichtet, hat die Direktion der Hotelbetriebsgesellschaft infolge des Vorgehens der Polizeibeamten eine Beschwerde an die Generalstaatsanwaltschaft gerichtet, in der über das Verhalten der Polizeibeamten Klage geführt wird. So beschwert sich Direktor Schüler, daß bei der Haussuchung im Restaurationsbetrieb des Zoologischen Gartens ihm von dem dienstuenden Polizeikommissar die Erlaubnis verweigert wurde, ein Telegramm an die Staatsanwaltschaft, in dem um Aufklärung ersucht wurde, abzusenden, und daß ihm ferner nicht gestattet wurde, sich mit seinem Rechtsbeistand in Verbindung zu setzen. Erst nachmittags gestattete Polizeikommissar Z., der die Haussuchung leitete, daß an die Staatsanwaltschaft eine Beschwerde abging, die allerdings seiner Zensur unterlag. Im Restaurationsbetrieb des Zoologischen Gartens wurde von den Beamten ein Sack mit Zucker beschlagnahmt, dessen sofortige Freigabe die Direktion nun verlangt, da es sich um Ware handle, welche von der Reichszuckerstelle den großen Hotels zu einem sehr erheblichen Preis verkauft wird, weil die Reichszuckerstelle diesen teuren Auslandszucker nicht auf Karten an die minderbemittelte Bevölkerung glaubt weitergeben zu können. Die nähere Untersuchung wird ergeben, was an den bisherigen Meldungen zutreffend ist.

Die Ursachen des Kartoffelmangels.

Der Magistrat Berlin bittet uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Zu dem in der Morgenausgabe vom 3. November unter der Rubrik „Wirtschaft" auszugsweise wiedergegebenen Bericht des Landbundes über die Ursachen des Kartoffelmangels muß festgestellt werden, daß die Landwirte nach den Verträgen überhaupt kein Recht darauf haben, daß die Städte an den Verladestationen abnehmen. Die Landwirte stehen im Vertragsverhältnis nur zu den Genossenschaften und können nur von diesen die Abnahme verlangen. Die Genossenschaften aber — das ist in den Vertragsverhandlungen außer Zweifel gestellt worden — haben kein Recht, von den Städten die Stellung von Abnahmevertretern zur Bedingung der Erfüllung ihrer Lieferungspflichten zu machen, die Städte haben sich vielmehr ausdrücklich das Rügerecht auf der Ankunftsstation vorbehalten. Es ist ferner durchaus falsch, daß Berlin zu rigoros in den Abnahmebedingungen sei. Berlin sah sich namentlich in den ersten Wochen der Lieferung der Vertragskartoffeln leider gezwungen zu rügen, daß diese Kartoffeln statt besser, wie vertraglich zugesichert war, noch viel schlechter geliefert wurden als selbst in den ungünstigsten Zeiten der Zwangswirtschaft. Es ist aber tatsächlich in den meisten Fällen weniger gerügt worden, als der tatsächlich schlechten Beschaffenheit vieler Sendungen entsprochen hätte. Berlin hat sich ferner, ohne eine Verpflichtung dazu zu haben, bereit erklärt, durch vereidete Sachverständige zusammen mit den Abnehmern der Genossenschaften die Abnahme, soweit irgend möglich, auch auf den Verladestationen zu bewirken und über nicht erhebliche Mängel, insbesondere nicht vertragsmäßige Größe ohne Rüge hinwegzusehen. Es ist also von Berlin das Möglichste getan worden, um den Genossenschaften und den Landwirten die Erfüllung ihrer Lieferungspflichten zu erleichtern; um so mehr muß aber gefordert werden, daß nun auch sie ihren Verpflichtungen restlos und pünktlich genügen, um die Reichshauptstadt in den Stand zu setzen, mit den in ausreichender Menge vertraglich gesicherten Kartoffeln in den Wintermonaten die Bevölkerung vor einer Hungersnot zu schützen.

Großfeuer in Döberitz.

In der vergangenen Nacht ist, wie gemeldet wird, ein Teil der großen Proviantlager, die sich auf dem Truppenübungsplatz Döberitz befinden, abgebrannt. Der Brand hat große Vorräte an Futter- und Lebensmitteln vernichtet. Es sind mehrere Schuppen total ausgebrannt, und auch eine Anzahl großer Strohdiemen sind dem Feuer zum Opfer gefallen.

Einkommensteuer und Lohnabzug.

Vom Leiter des Finanzamts 1 Berlin wird uns folgendes geschrieben:

Die zeitweilig ungenügende Belieferung der Postanstalten mit Steuermarken hat zur Folge gehabt, daß Arbeitgeber nicht rechtzeitig ihrer Verpflichtung aus § 4 Abs. 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug von Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 vom 21. Mai 1920 nachkommen konnten.

Um die Unzuträglichkeiten zu vermeiden, die daraus entstehen, daß Arbeitgeber den austretenden Arbeitnehmern nicht die Steuerkarte mit den ordnungsmäßig entwerteten Steuermarken übergeben können, ordne ich bis auf weiteres an, daß die Arbeitgeber in Fällen dieser Art den von dem Lohn der Arbeitnehmer einbehaltenen Betrag in bar an die für den Arbeitgeber zuständige Finanzkasse unter Angabe des Wohnsitzes des Arbeitnehmers am 1. April 1920 und gegebenenfalls unter Angabe des Steuerzeichens abführen können.

Falls die Finanzkasse des Arbeitnebers nicht selbst auch die für den Arbeitnehmer zuständige ist, hat sie den von dem Arbeitgeber abgelieferten Betrag an die zuständige Finanzkasse bzw. Steuerhebestelle weiterzuleiten.

Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer auf Verlangen eine Bescheinigung zu erteilen, aus der der Betrag, der abgeführt worden ist, der Zeitpunkt der Abführung, die Kasse, an die er abgeführt worden ist, und der Zeitraum, für den die abgelieferten Beträge einbehalten worden sind, hervorgeht.

Die Bescheinigung kann mit der nach § 14 der Bestimmungen vom 21. Mai 1920 verbunden werden.

Kapitalschieber vor Gericht.

Heute begann vor der Strafkammer des Landgerichts die Verhandlung gegen eine Anzahl bayerischer Kapitalisten, Kommerzienräte, Geh. Kommerzienräte, Rechtsanwälte, Vizekonsule usw., die beschuldigt werden, in sehr umfangreicher Weise Kapitalien nach der Schweiz verschoben zu haben. Es handelt sich um viele Millionen. Mitangeklagt ist der in Zürich ansässige Rechtsanwalt Dr. Thalberg, der wegen Kapitalschiebungen schon im Erzberger-Prozeß genannt wurde. Thalberger hat bei Berliner Großbanken im Auftrage der angeklagten Kapitalisten große Einzahlungen gemacht und die Summen dann später auf Schecks an schweizerische Banken überwiesen. Auf diese Weise haben die Herrschaften ihr Geld vor der Steuerbehörde in Sicherheit zu bringen gewußt. Wir werden über den Ausgang des Prozesses, für den 14 Tage Verhandlungsdauer in Aussicht genommen sind, berichten.

Die Teppiche der Gesandtschaft. Einbrecher suchten in der vergangenen Nacht die chinesische Gesandtschaft in der Kurfürstenstraße 114 heim und stahlen mehrere echte Teppiche, die zusammen gegen 200 000 M. wert sind. Von dem Verbleib des gestohlenen Gutes ist noch keine Spur gefunden, die Täter sind noch unbekannt.

Selbstmord zweier Sicherheitswachtmeister. Mit ihrer Dienstpistole erschossen haben sich gestern 2 Beamte der Sicherheitspolizei, die Unterwachtmeister Richard Kosse aus der Plantagenstraße 43 und Josef Machulik, der in der Kaserne Friedrich-Karl-Straße 2 wohnte. Was sie zu dem Selbstmord veranlaßte, ist noch nicht bekannt.

Auf frischer Tat ertappt und festgenommen wurde gestern einer jener gewerbsmäßigen Taschendiebe, die die Hoch- und Untergrundbahn unsicher machen. Am Bahnhof Nollendorfplatz wurde er ertappt, als er gerade einer Dame das Geldtäschchen gestohlen hatte. Die Bestohlene, die unbekannt ist, kann sich das dunkelbraune Portemonnaie im Zimmer 76 des Berliner Polizeipräsidiums abholen.

Der Postverkehr mit Wilna ist seit einigen Tagen unterbrochen. Postsendungen nach Wilna können daher bis auf weiteres nicht angenommen werden. Telegramme nach Nordamerika können auf der europäischen Beförderungsstrecke bis London dringend befördert werden. Für solche Telegramme erhöht sich die gewöhnliche Wortgebühr um 3,15 M.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag, den 7. Nov., von 11 Uhr bis 4 Uhr für den allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Der erste Unterhaltungsabend für die Britzer Jugend, veranstaltet vom Britzer Jugendamt, findet am heutigen Donnerstag, abends 6 Uhr, in der Aula der 1. Gemeindeschule, Berlin-Britz, Chausseestraße 136/137, statt. Vortrag mit Lichtbildern über das Thema „Aus der Kinderstube der Tiere". Der Besuch der Veranstaltung wird den männlichen und weiblichen Schulentlassenen vom 8. Lebensjahre an angelegentlichst empfohlen. Auch die Eltern der Schulpflichtigen sind sehr willkommen. Das Eintrittsgeld beträgt 30 Pfennig.

Der Republikanische Führer-Bund veranstaltet aus Anlaß der Wiederkehr des Revolutionstages am 7. November d. J., vormittags 11 Uhr, im großen Saale des Lehrerverein-Hauses eine republikanische Gedenkfeier.

Die Festreden haben übernommen Reichspräsident Ebert und der 1. Vorsitzende des R.F.B. Niekisch. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Alexander Moissi vom Deutschen Theater und die „Liedertafel Weh" (M. d. R.-S.-B.).

Eintrittskarten zum Preise von 1,50 M. inklusive Steuer sind in den Geschäftsstellen der Firma R. Wertheim, in den Geschäftsstellen des Bundes, Luisenstr. 31b und Köpenicker Str. 64a, sowie an der Tageskasse erhältlich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 4. November:

24. Abt. Die Partei- und Bezirksfunktionärkonferenz findet nicht Immanuelkirchstr. 24, sondern Christburger-, Ecke Wörnichstr., bei Wenger statt.

Jungsozialistische Vereinigung. Neukölln im Jugendheim Kopalstraße 53: Diskussionsabend. — Treptow im Jugendheim Elsenstr. 8: Vortrag: „Die Bewegung der Tat". — Friedrichshagen bei Schulz, Lindenallee, Ecke Friedrichstraße: Vortrag: „Heilkunde". Referent: Genosse Gillmann.

Morgen, 5. November:

2. Wahlkreis (Tiergarten). 6½ Uhr Kreisvorstandssitzung (nicht wie im Morgenblatt Kreisvertretersitzung) bei Trümper, Flensburger Str. 3.

•

15.—18. Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, bis zum 5. Nov. mit den Abt.-Kassierern die Billetts zur Revolutionsfeier abzurechnen. Die Abt.-Kassierer rechnen am Sonnabend, den 6. d. M., um 4 Uhr beim Genossen Buchmann, Stralauer Allee 25, ab.

Sport.

Die Boxkämpfe im Admiralspalast wurden Mittwoch mit einem fleiten 6-Runden-Kampf Kirchbaum—Rupp eingeleitet. Ersterer gewann nach Punktwertung. Das sonst sehr reichhaltige Programm brachte nicht den gewünschten Erfolg.

Der vielversprechende Kampf des Europameisters Badoud—Wiegand (Deutschland) ließ wenig von seiner Kunst erkennen. Wiegand war seinem Partner an Technik weit überlegen. Durch einige Nierenschläge, die Badoud seinem Gegner versetzte, sprang einer der Sekundanten in den Ring, wonach der Kampf nach nur vier Runden für den Deutschen verloren war. Im Zuhörerraum bemächtigte sich des Publikums eine furchtbare Erregung. Unter Gepfeife und Gejohle verließ der Schweizer die Arena.

Der 15-Runden-Kampf Eckeroth—Leroy war weniger aufregend, der Belgier hatte einen schweren Stand, trotzdem hielt er sich bis zur letzten Runde. Der Kampf war für Eckeroth nach Punktwertung entschieden. Im Kampf Naujokat—Kaufmann (Amerika) stand der Deutsche dauernd in Angriff, der Kampf wurde als „unentschieden" bewertet.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf gegen die Betriebsräte.

Die Betriebsräte sind den Unternehmern ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln versuchen sie, denselben das Leben sauer zu machen. Haben sie dann endlich ein für sie ganz besonders gefährliches Betriebsratsmitglied aus ihrem Betrieb herausgeraust, dann versuchen sie auch noch, ihm eine Beschäftigung bei anderen Firmen unmöglich zu machen. Diese Absicht lag offenbar auch vor, als das Kabelwerk der Siemens-Schuckert-Werke einem aus ihrem Betriebe scheidenden Arbeiterrat folgendes Zeugnis ausstellte:

Herr ....., geboren am ....., war vom 28. November 1918 bis zum 30. März 1920 bei uns als Verfeiler beschäftigt. Am 31. März 1920 ist Herr ..... von der Arbeiterschaft als Mitglied des Arbeiterrates gewählt worden und hat als solches eine produktive Tätigkeit nicht mehr ausgeübt.

Sein Austritt erfolgt heute auf eigenem Wunsch.

Der so Gezeichnete, der kein Zeugnis, sondern lediglich eine Austrittsbescheinigung verlangte, forderte natürlich eine Aenderung dieses „Zeugnisses", was aber die Firma mit folgenden Zeilen ablehnte:

Anbei Ihr Zeugnis. Wir können Ihnen eine andere Bescheinigung über die bei uns ausgeübte Tätigkeit nicht ausstellen.

Dazu ist zu bemerken, daß die Firma kein Recht hat, in einer Austrittsbescheinigung etwas über die Tätigkeit des Arbeiters zu sagen, es sei denn, daß dieser es ausdrücklich wünscht. Der Zweck der Uebung ist klar. Man will den Betriebsräten durch derartige Zeugnisse, die für ihr weiteres Fortkommen natürlich hinderlich sind, die Lust zur Ausübung solch einer Funktion nehmen und sich auf diese Art die Betriebsräte überhaupt vom Halse schaffen. Zur Erreichung dieses Zieles sind den Industriebaronen natürlich alle — auch ungesetzliche — Mittel recht; aber sie werden ihnen nichts nützen!

Sozialisierung bedingt Einigkeit!

In einer am 27. Oktober d. Js. vom Gesamtbetriebsrat des Siemens-Konzerns im Verwaltungsgebäude, Siemensstadt, einberufenen Vollversammlung der Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte referierte der Steiger Georg Werner (Geschäftsführer des Butab, Mitglied der Sozialisierungskommission) über Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Zur weiteren Aufklärung fanden in den darauffolgenden Tagen in allen Betrieben des Siemens-Konzerns Betriebsversammlungen statt, in welchen u. a. der Architekt Heinrich Kaufmann (Geschäftsführer des Butab, Mitglied der Sozialisierungskommission) über dasselbe Thema referierte. In der Vollversammlung der Betriebsräte sowie in allen Betriebsversammlungen wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Arbeitnehmerschaft des Siemens-Konzerns, die im Sozialismus und in der Förderung der Gemeinwirtschaft die Rettung aus dem wirtschaftlichen Chaos erblickt, nimmt mit größter Besorgnis von der immer weiter um sich greifenden Zersplitterung der politischen Arbeiterparteien Kenntnis. Sie ist sich bewußt, daß nur durch eine geschlossene Phalanx dem sozialistischen Gedanken zum Siege verholfen werden kann. Diese Geschlossenheit ist aber zurzeit nur noch in den freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften gewährleistet. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß wenigstens hier die Einheit gewahrt bleibt, um die nächsten großen Aufgaben der Wirtschaftspolitik, zu der vor allen Dingen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gehört, zu erfüllen.

Die Kollegen und Kolleginnen des Siemens-Konzern erkennen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf dieser Basis an und verpflichten sich, auch den Betriebsrat in diesem Sinne in seiner Tätigkeit zu unterstützen und von jeder Zersplitterung der Gewerkschaften innerhalb des Werkes abzusehen. Alle Kollegen erkennen an, daß nur eine straffe Geschlossenheit der gesamten Arbeitnehmerschaft es möglich machen wird, die Betriebsräte zu wirklich mitbestimmenden Faktoren im Wirtschaftsprozeß zu erheben.

Sie erblicken ferner in der Vollsozialisierung des Bergbaues die Grundlage für die Neuordnung und den Aufbau des Gesamtwirtschaftslebens. Für dieses nächste große Ziel im gegebenen Augenblick einzustehen und zu kämpfen, halten sich alle Kollegen und Kolleginnen des Siemens-Konzerns bereit."

Wie die Arbeiter provoziert werden.

Aus München wird uns geschrieben:

Bekanntlich soll nach der Meinung des Reichsfinanzministeriums bei den Verkehrsanstalten — soweit Tarifverträge abgeschlossen — über das, was den Eisenbahnern zugestanden, nicht hinausgegangen werden. Das ist schließlich alles recht und gut und werden die in Frage kommenden Berufsgruppen keine wesentlichen Einwände zu machen haben, sofern es sich überhaupt ermöglichen läßt, alles was bei den Verkehrsanstalten an Arbeitergruppen beschäftigt ist, unter einen Hut zu bringen.

So genehmigte das Reichsfinanzministerium den Eisenbahnern in den verschiedensten Städten Ueberteuerungszuschüsse. Während beispielsweise die Eisenbahner Nürnbergs (Bayern) diese Zuschüsse bekamen, enthält man sie dem Post- und Telegraphenpersonal vor. Seit Monaten müssen die Vertreter der zuständigen Organisation wie ein Handwerksbursche an allen möglichen Stellen herumschnorren, um die paar Groschen zu bekommen. Selbst ein schriftliches Ersuchen bei Herrn Assessor Schilling war fruchtlos. — Der Herr Assessor glaubt selbst Organisationsvertreter als auf der Brennsuppe dahergeschwommen ansehen zu müssen, denen man überhaupt keine Antwort zu geben braucht. Irgendwelche Vorstellung ist unmöglich, denn wenn man an das Reichsfinanzministerium kommt, ist niemand da. Wie hier eine Organisation noch etwas auszurichten vermag, das wissen die Götter.

Ueberhaupt scheint der Herr Reichsfinanzminister samt seinen Strategen ein lebhaftes Vexierbild zu sein. Wäre allerdings die Sache nicht so ernst, müßte man sich mit diesen Zuständen im „Simplicissimus" beschäftigen. So aber warten Menschen in einer Zeit auf ihr Geld, in der für den Winterbedarf gesorgt werden soll. Ob der Herr Reichsfinanzminister auch so zugeknöpft ist, wenn der Reichswehrminister Geßler an ihn mit einer Forderung für seine Soldaten herantritt? Sicher nicht, denn Bauer, das ist etwas anderes.

Das Gewerkschaftskartell Nowawes bittet die Gewerkschaften, auch in diesem Jahre für die am 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Turnhalle Auguststraße stattfindende Weihnachtsbescherung für Kinder verstorbener und gefallener Gewerkschaftsmitglieder Mittel aus ihren Lokalkassen zu bewilligen. Die Beiträge sind an den Kassierer Hermann Reinfeldt, Groß-Beeren-Str. 74, und die Namen der verstorbenen Gewerkschaftsmitglieder an den Vorsitzenden Dürre, Lindenstr. 38, zu senden. An die letzte Adresse haben die Angehörigen oder Erzieher der in Frage kommenden Kinder bis zum 4. Dezember, wochentäglich (mit Ausnahme der Freitage und Sonnabende) von 4 bis 8 Uhr nachmittags, deren Zahl zu melden.

Mitglieder der Afa-Verbände. Der Afa, Ortskartell Groß-Berlin, sind für die Sonntag-Abend-Vorstellung am 14. November eine Anzahl Plätze im Theater am Bülowplatz, Volksbühne, zur Verfügung gestellt worden. Zur Aufführung gelangt: „Nach Damaskus", II. und III. Teil. Die Karten sind in der Geschäftsstelle, Belle-Alliance-Str. 7/10, III. Etage, in den Geschäftsstunden (von 10—3) zum Preise von 4.50 M. erhältlich.

Aus aller Welt.

Negerjagd in Amerika.

In Orlando (Florida) veranlaßte ein Neger, der zur Wahl nicht zugelassen wurde, da er seine Steuern nicht bezahlt hatte, einen Auflauf. Hierbei wurden zwei Weiße getötet und andere verwundet. Die Menge hing den Neger schließlich auf und verbrannte fünf andere Neger, die an dem Zusammenstoß teilgenommen hatten, ebenso die Häuser, in die sie sich geflüchtet hatten.

Waldbrand in Tirol. In der Nähe der Stadt Kufstein wütet seit Sonntag ein großer Waldbrand, der bereits viele Hektar hochwertigen Waldes eingeäschert hat. Aus Innsbruck wurde Militär zur Löschaktion herangezogen. Der Schaden erreicht schon jetzt viele Millionen.

Englischer Kreuzer gesunken. „Telegraaf" zufolge meldet die britische Admiralität, daß der englische Kreuzer „Stonehenge" in Cara Burun am Eingang des Golfes von Smyrna gesunken ist.

Auf dem Prager Hradschin wurden die Ueberreste eines Palastes der Przemysliden mit allerlei Zubauten aus der Zeit Przemysl Ottokars II. (13. Jahrh.) aufgedeckt. Bei den Kanalisierungsarbeiten fand man Ueberreste einer alten Burgkapelle aus der Zeit des Herzogs Borivoj.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Bezirksverband Groß-Berlin (Sozialdem. Partei Deutschl.)

Unser Mitglied

Traugott Thomas

wohnh. Altersheim Feßbelstraße, ist am 23. Oktober im Alter von 58 Jahren verstorben. 161.8

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 5. d. M., vorm. 11¼ Uhr, auf dem städt. Anstaltsfriedhof Bu., a. d. Schwanebecker Chaussee.

Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preisw.
Damenpelzkragen v. 48
Rotfuchskragen v. 149
Pelzunterr. für Mäntel von 129 M. an
Herrenkragen v. 65 an
Seal Elektric, Biberet
Australische Opossum in großer Auswahl.
Pelzwarenhaus A. Klass & Co., Hackescher Markt Rosenthaler Str. 40-41.

Raucherdank!! Das sicherst Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustell. Wirkg verblüffend. Auskunft ums. an. Inst. Gg. Engelbrecht, München Rb. Kapuzinerstr. 4

Dr. med. Grütering haut, Harn-, Unterleibsleiden Männ. u. Frauen. Blutuntersuchung. Invalidenstraße 35, Ecke Hausseestr., Stett. Bhf. Spr. Wochentlich 11-1, 4-8, 6-7.

Elektro-Motore Leitungs-Dynamo-Drähte Installat.-Material kauft laufend Elektrowerk-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex-Pl.).

Stoffe für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme. Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark. Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten. **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gegr. 1893. Gertraudtstr. 20-21. Gegr. 1893.

Nutzeisen jeder Art: Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse sofort ab Lager lieferbar **Felix Kohls, Berlin C. 25. Dircksenstr. 12,** Moritzplatz 12072 Ecke Voltairestraße Moritzplatz 12073.

BLECHE schwarz u. verbleit verzinkt **Verzinktes Bandeisen** alle gangbaren Sorten prompt lieferbar **Albert Schirmacher** Eisengroßhandlung **Berlin W. 62** Bayreuther Str. 13 (am Wittenbergplatz) Telephon: Steinpl. 6210, 6519, 10510

Zigaretten! Englische Marken von M. 820 an. Deutsche Marken von M. 120 an. Eigene Zigarrenfabrik, daher Zigarr. billiger wie überall. Hanewacker. Stumpen, Zigarillos **Neukölln, Bergstr. 52-53** Ecke Jonasstraße. **Berlin, Münzstraße 2.**

Ziehung 23. und 24. November. Berliner Knaben-hort-Lotterie 100 000 Lose mit 36000 Gewinnen u. 1 Prämie im Ges.-Wert M.
1 Hauptgewinn 100000
1 Nebengewinn gleichl. F. i. W. v. M. 60000
1 Hauptgewinn i. W. v. M. 50000
1 Prämie i. W. v. M. 10000
Berliner Knabenhortlose à M. 3,60. Liste und Porto 1 M. extra. (Nachnahme 50 Pfennig teurer.) 40 Lose sortiert aus verschiedenen Tausenden M. 36.
PAUL STEINBERG & Co. BERLIN C 54, Rosenthaler Straße 40-41
Zu haben in allen Lotteriegeschäften

Kleine Anzeigen im „VORWÄRTS" sind nicht nur billig, sondern infolge der hohen Auflage und weiten Verbreitung des „Vorwärts" in allen Bevölkerungskreisen wirkungsvoll und von bestem Erfolg.

Letzte Neuheit! Tropfsystem — Tropfsystem

Wer Karbid brennt spart viel Geld!
„Feuerhand" die moderne Patent-Karbidlampe, läßt sich in 1/2 Minute füllen und reinigen, indem man den unteren Kessel in 1 Sekunde herausschrauben kann. Karbid-Verbrauch außerordentlich minimal. Preis mit Glocke 45.– M.
Nach außerhalb versenden wir die Lampe gut verpackt fr. zu, wenn uns 50 — Mk. eingesandt werden. Zahlungen können per Postkarte auf Postscheckkonto 37219 beim Postscheckamt Berlin erfolgen!

Das Urteil über „Feuerhand": Das System dieser Tischlampe ist vom Deutschen Azetylen-Verein geprüft und hat dabei zu Bedenken in sicherheitstechnischer Hinsicht keinen Anlaß gegeben. Seine Zulassung erfolgte mit der Bezeichnung D. A. V. L. S. Berlin, den 17. März 1920. Deutscher Azetylen-Verein. Der Vorsitzende: Prof. Dr. Vogel.
Vorführung täglich von 9—6 Besichtigung ohne Kaufzwang
Karbid stets am Lager! Einzelverkauf zu Fabrikpreisen per kg . . . Mk. 5.50
Franz Borowicz BERLIN SO 26 Waldemarstraße 27 1 Minute v. Moritzplatz u. Oranienplatz Fernspr.: Amt Moritzplatz 4073, 46 0 Geschäftszeit von 9—6 Uhr.
Nach außerhalb Preisliste gratis und franko.
Wir vergeben in allen Stadtteilen und Vororten Verkaufsstellen, die in unseren Inseraten mit veröffentlicht werden, und bitten Interessenten sich mit uns in Verbindung zu setzen.
Verkaufsstelle für den Bezirk Norden: **Fahrradhaus Pelkowski,** Schönhauser Allee 177.

Verkäufe

Pelzgarnituren! Halb umsonst! Elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse, Zobelfüchse, Pelzmäntel, Alaskafüchse, 75 Mark an, wunderbare Pelzkragen 50 Mark! Riesenauswahl. Pelzvertrieb, Rathausberg 2, neben Jandorf. Käufer erhalten Rabatt. 114R*

Pelzgarnituren! Alaskafüchse 110, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, feine Versandware, zu staunenerregend sportbilligen Sommerpreisen! Leihhaus Warschauerstraße 7. *

Kreuzfüchse! 250.—! Alaskafüchse! 150.—! Blaufüchse! Silberfüchse! Mantelkragen! Herrenkragen! Täglicher Riesenverkauf, ungeheurer Gelegenheitskäufe (ohne Versatzware) zu staunenerregenden Sportpreisen! Brandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof, Hochbahnhof). 135R

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 41/7*

Rinbleder-Klubgarnituren, sowie einzelne Sessel und Sofas in Gobelin und Moquette preiswert. Spezialwerkstatt, Rungestraße 27 a. 192R*

Anzugstoffe, 13, eter 80 bis 140 Mark. Kurfürstenstraße 28, I. *

Kreuzfüchse 300,—, Alaskafüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Silberfüchse, sowie sämtliche Pelzwaren jetzt die Preishälfte herabgesetzt. Sonderangebot: Damen-Pelzmäntel, Damen-Garderobe, Herren-Gehpelze, Herren-Sportpelze, Wagenpelze. — Ja eitanzüge, Autowaze, Paletots (keine Lombardwaren). Bekannt billige Preise im Leihhaus Moritzplatz 58a (größtes derartiges Spezialhaus Berlins.)

Pelzwaren bei bequemer Zahlweise abzugeben. Bei Barzahlung 10 Prozent Nachlaß. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Pelzwaren-Fabrik Kallin, Allenstein-Gardenberg-Straße 11, nahe Stadtbahn, Tiergarten. Telephon: Moabit 7622/23. *

Garderobe-Ausl. Zu kommend billigen Preisen Langstores, Halbstores, Schal, Künstler, Madrasgardinen, Tüllbettdecken, Divandecken, Gardinenstoffe in vielen Breiten und Qualitäten. Magazinstraße 1, nahe Alexanderplatz.

Pelzgarnituren! Nagelneu 165.—, Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Prachtexemplare! Rotfüchse, Pelzmuffen, Staunenerregend! Pelzvertrieb Brunnenstraße 157, Eingang Leihhaus.

Militärstoff, feldgrau, feldgrün, billig. Fabriklager Köbberitzsch, Friedenau, Hauptstraße 76 II. 27506*

Damenplauschmäntel 77,00, prima 175,00, hochelegante, hellfarbige, dunkelfarbige Mobellplauschmäntel, Altrachenmäntel, direkt Werkstatt, staunenerregend billig. Altmann, Rosenthalerstraße 44, II, Hackescher Markt. 196R*

Geschäftsverkäufe

Cafe-Restaurant, Osten, große Ecke, drei Schaufenster, Vertretslage, mit Wohnung, nur 28 000. Brehmer, Schöneberg, Hauptstraße 6 107R

Obstgemüse, gutes, altes Geschäft, mit Wohnung, umständehalber, 19 000. Brehmer, Schöneberg, Hauptstraße 6

Kurzwaren, Zweizimmer, Laufgegend, 15 000. Brehmer, Schöneberg, Hauptstraße 6.

Lebensmittel, Feinkost, Zweizimmer, flottes Geschäft, 26 000. Brehmer, Schöneberg, Hauptstraße 6. 107R

Möbel

Möbelhaus, 40 Jahre bestehend, verkauft zu bedeutend herabgesetzten Preisen eichene Schlafzimmer 29 0, Herrenzimmer 2700, Speisezimmer 4300, Garnitur mit Spiegelaufbau 1150, Ruhebetten 180, Tische 50, Kleiderspinde, Vertikos 200, Küchentischchen billigst. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. Joachim Nachfolger, Belle-Alliancestraße 14 a. 128R

Speisezimmer, Büfett, zwei Meter breit, Kredenztisch, sechs Stühle 6300 Mark. Berliner Möbel-Industrie, Chausseestraße 25. 188D*

5500,— Mark modernes gebrauchtes Speisezimmer mit Sofa und Umbau. Gediegenste Friedensarbeit. Lombardhaus, Alte Jakobstraße 93. 192D

Küchen, modern, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, 900, 950, 1000 Mark. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 22, Schönhauserecke. R*

Schlafzimmer, eiche, weiß, creme, in verschiedenen Größen und Preislagen, außergewöhnlich billig. Schriftliche, unbegrenzte Garantie. Zahlungserleichterung in jeder gewünschten Weise. Bettfedern, englisch, und moderne Waschkommoden in jeder Ausführung. Reiche & Knüllner, Landsberger Allee 29 (10 Minuten vom Alexanderplatz). 116/11*

Chaiselongues, 300.00 bis 550.00. Walter, Stargarderstraße 18. 179R

Chaiselongues. Gelegenheit. Preiswerte Fabrikpreise. Ackerstraße 124. 41/12

Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 53 (am Weinbergsweg). Günstige Kaufgelegenheiten! Nußbaumwohnzimmer, eichene Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke. Enorme Auswahl! 27516*

Chaiselongues 150,—, Metallbetten 250,—, weiße Schlafzimmer. Reicke, Auguststraße 23a, Quergebäude. *

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58. Fabrikgebäude. Jetzt spottbillige Preise in nußbaum Wohnzimmern, einfachen und eleganten Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchen, Polstermöbel. Besichtigung wirklich lohnend. *

Musikinstrumente

Pianos, Stutflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente. Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 139R

Rabenstein, Pianos, Flügel, Harmonium, Gelegenheitskäufe, Stimmungen, Reparaturen. Münzstraße 10. 120R*

Konzertpiano 7500,—, Klavier (elegantes schwarzes) 8500,—, Salonflügel 8500,—, Harmonium mit Spielapparat 3800,—, Kleines 1450,—, verkauft Berger, Oranienstraße 166. 184R*

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Sperrer, Chausseestraße 105.

Vertrauensvolle Auskunft, erfahrene Hebamme. Prenzlauer, Brunnenstraße 76. 710*

Nußbaumflügel verkauft 3500,00, Stützgoecher, Prenzlauerstraße 7. 710

Berlina-Pianos, neue, aus gespielte wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 75R*

Kaufgesuche

Pistolen, Gewehre, Revolver usw. kauft Kirstein, Linienstraße 50. 111R

Platin, über Tagespreis, Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29 I, rechts.

Pianos, gebrauchte, gegen Preisangabe kauft Becker, Andreasstraße 47 II, Königstadt 5849. 121R*

Silberschmelze Hendud, Köpenickerstraße 157, kauft höchstzahlend Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, silberhaltiges Silber, Zahngebisse, sowie alle Metalle. 113R*

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor 58, Johannisstraße 138 (Halleisches Tor).

Zahngebisse, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 63.

Grammophon-Schallplatten, alte, auch Bruch, Rolle 12 Mark, kauft Lenrich, N, Liebenwaldestraße 11. 41/30*

Schallplatten, alte, abgespielte und zerbrochene, kauft Kilo 12,00 Mark, Gebrüder Moabit, Waldstraße 55. 42/1

Silberschmelze Christianstadt, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Monteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, sämtliche Metalle. 142R

Pistolen, große, kauft, tauscht gegen Taschenbrauning Bendendorff, Rheinstraße 47, Rheingau 9180. 2748*

Geschäftsankäufe.

Innerhalb vier Tagen ist Ihr Geschäft verkauft, vorschußlos. Sofort anrufen Moabit 4574. Schweizer Dertel, Essener Str. 10.

Unterricht

Anfang November beginnen Eberhard-Jahreslehrgänge in Stenographie, Maschinenschreiben, Debattenschrift, Geschäftsbriefe usw. A. Beheim-Schwarzbach, staatl. Privatschule, Inhaber Franz Eggert, Neukölln, Anna b.: Berliner Straße 33, Gangholzerstraße 1. *

Tanzschule Frau Friedrich-Lonnis, Gesellschaftstanzerin, Michaelkirchstraße 39. Anfängerkurse, Modernkurse. 35 6*

Verschiedenes

Ehrlichkeitungen, Verteidigung in Strafsachen, Gnadengesuche, Teilzahlung, Gutachten, Rechtsbeistand, Brunnenstraße 175 (Ecke Invalidenstr.).

Vertrauensvolle Untersuchungen, Arzt zur Stelle. Hebamme Hildesheim, Lothringerstraße 34/35. 116R*

Kostenlose Rechtsberatung! Billige Prozeßführung, Verteidigung, Ermittlungen! Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). *

Nebenverdienst. Kapital gesucht zu Gelegenheitsgeschäften. Hoher Gewinn. Angebote P. 14 Hauptexpedition Vorwärts. b

Hohe Vermittlungsprovision zahlt Fabrikmann dem einzigen, der ihm eine Kantine oder Lebensmittelkonsum größeren Betriebes nachweist. Diskretion zugesichert. Angebote M. 14 Hauptexpedition „Vorwärts". 2751b

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Gesucht: Werkzeugmacher, nachweisbar Schneidesen anfertigt, Bohrer, verstehe Bohrlehren anzufertigen, Dreher, auf Werkzeugmaschinen. Arno Reim, Halensee, Kurfürstendamm Str. 8

Achtung. Ein Mädchen von 12 bis 14 Jahren findet dauernd liebevolles Heim auf dem Lande unter Mithilfe im Haushalt. Offerten unter F. R. 100 postlagernd Bentheim, Ostpreußen. 1698D*